

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

69 (21.3.1896) II. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zweif. mal.
Abonnementpreis:
Wöchentlich:
in Karlsruhe durch den Agenten
Kreuzer: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustelgebühren 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühren:
Die 1/2spaltige Kolonnenzeile
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restament 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche
Berücksichtigung finden.

Nr. 69. II. Blatt.

Karlsruhe, Samstag, den 21. März.

1896.

Frankreich und die ägyptische Frage.

Paris, 18. März. Einer der hervorragendsten Beamten des auswärtigen Amtes, mit dem ich über den jetzigen Stand der ägyptischen Frage eine Unterredung gehabt habe, äußert sich darüber folgendermaßen:
Während, was die anderen Resorts anbelangt, der eigenen Initiative der Minister sehr viel überlassen bleibt und höchstens das der Landesverteidigung eine Ausnahme davon macht, ist dies bezüglich des Äußeren nicht der Fall, da ja hier geschulte Diplomaten erforderlich sind. In den letzten Jahren hat aber dieses Portefeuille nur einmal in den Händen eines solchen gelegen, nämlich M. Hanotaux, den man dieser seiner Eigenschaft wegen, die sich, als er sich im Amte befand, als so sehr schätzenswert erwies, auch diesmal so gern wieder in's Kabinett gezogen hätte, doch waren alle Bemühungen, ihn dazu zu bewegen, vergeblich. Sonst aber waren und sind es stets Männer, welche nicht der Karriere angehören, die nach Außen hin und dem Parlamente gegenüber zwar die Verantwortung für die äußere Politik tragen, in Wahrheit aber nicht nur nie eine Entscheidung treffen, ohne die hohen Beamten zu konsultieren, sondern sogar sich meistens deren Ansichten zu eigen machen. Besonders ist dies augenblicklich der Fall, wo an der Spitze des auswärtigen Amtes zwar ein hervorragender Mann steht, aber dessen Bedeutung auf ganz anderem Felde als dem der Diplomatie liegt. M. Berthelot hat sich bekanntlich zwar in der Wissenschaft aber nicht in der Staatswissenschaft einen Namen erworben.

Der Beamte ging nun auf den eigentlichen Zweck unserer Unterredung näher ein. Ich zweifle nicht daran, daß er mir natürlich absolut nur das sagte, was er bekannt gemacht zu haben wünschte, aber es ist ja gerade eben von Bedeutung zu wissen, wie Frankreich die Angelegenheit angesehen haben will. An die Begründung der Dreyfuss-Affäre, die vor einiger Zeit so große Aufregung hervorrief und in welcher von der Forderung des Sultans, Ägypten zu räumen, die Rede war, glaubt er nicht; zwischen England und Frankreich schweben aber damals dieserhalb Verhandlungen. Diefelben kamen wieder zum Stillstand, weil der britische Premier Salisbury um eine Verschiebung ersuchte; Baron v. Courcel, Frankreichs Gesandter am Hofe von St. James, war eigens deshalb nach Paris gekommen und man erwies sich dem englischen Kabinett gegenüber willfährig, da die dortige Regierung sich sehr entgegenkommend gezeigt hatte. Die Spannung, welche zwischen Deutschland und Großbritannien herrschte, hatte ja eine Art Annäherung zwischen letzterem und Frankreich herbeigeführt und dieses konnte nicht anders, als Englands konstante Haltung in gleicher Weise zu erwidern.

Nun sind die Dinge durch die erwähnten jüngsten Vorgänge aber wieder in ein ganz anderes Stadium getreten. Es ist ja richtig, daß, wenn man sich auf den strikten Rechtsstandpunkt stellt, England der Einwilligung der Mächte zu dem beabsichtigten Feldzug nicht bedarf, nur der Sultan hätte um die feine angegangen werden müssen und derselbe ist auch ob dieser Unterlassung nicht wenig verärgert. Anders verhält es sich natürlich mit der Geldfrage und daß England einen Teil der Kriegskosten aus dem Schuldentilgungsfonds entnehmen will, giebt den anderen Vertragsmächten das Recht, ihr Veto einzulegen. Es ist unmöglich anzunehmen, Frankreich werde zu einem solchen Vorgehen seine Zustimmung geben, es sei denn, daß Großbritannien sich herbeilasse, die ägyptische Frage fest zu regeln, d. h. einen bestimmten Termin für die Klärung dieses Landes festzusetzen. Daran ist ja aber weniger zu denken als früher, denn wenn Ägypten den Sudan erobert, so kann es ihn nicht durch eigene Kraft halten oder den Dervischen entgegen treten. Das weiß man natürlich in London recht gut und es unterliegt daher keinem Zweifel, daß das ganze Streben eben darauf gerichtet ist, Verhältnisse zu schaffen, die ein Aufgeben der Diplomatie unmöglich machen. Bisher hat Frankreich seine Vorstellungen auch nur auf diesen Punkt beschränkt, die Geldfrage ist auf das selbe vorläufig direkt noch nicht herangezogen. Daß England letztere überhaupt aufgeworfen, erscheint unerklärlich, ist aber vielleicht mit ganz bestimmtem Zweck geschehen. Ein Protest der Mächte gegen ein so eigenmächtiges und ungerechtfertigtes Vorgehen war ja vorauszusetzen und wenn nun die britische Regierung hierin nachgiebig, so schafft sie damit den Punkt aus der Welt, bezüglich dessen ihr ein direktes Uebersteigen ihrer Befugnisse nachgewiesen werden kann. Die anderen Staaten haben dann ihre Ehre gerettet, indem sie gezeigt, daß sie ihrem Willen Geltung zu verschaffen wissen und werden gegen die auf englische Kosten unternommene Expedition nichts mehr einwenden können. Wenn das die Meinung war und es hat ganz den Anschein, dann dürfte man sich in England aber sehr getäuscht haben. Frankreich wird auf eine Einigung nur unter den oben genannten Bedingungen eingehen.

Ueber seine Ansicht bezüglich eines Vertrags mit Italien befragt, so meinte der Diplomat, die angebliche Ableitung der Dervische von Kassala sei nur eine Ausrede, dieses erscheine ihm gar nicht so bedrohlich, würde aber, wenn es der Fall, längst gefallen oder der Friede geschlossen sein, ehe der Feldzug nur beginne. Wollten die Engländer den Italienern wirklich helfen, so würden sie wohl von Suakin aus und nicht über Dongola zu ihrem Beistand eilen.

Badischer Landtag.

66. öffentl. Sitzung der 2. Kammer. * Karlsruhe, 20. März.
Am Regierungstisch: Staatsrat Dr. Buchenberger, Ministerialdirektor Seubert, Steuerdirektor Glöckner, Baudirektor Lepique, Ministerialrat Schösch und Götter.
Präsident Schneider eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.
Der Präsident hat die Eröffnung einer schmalspurigen Eisenbahn von Eitenheim nach Ritzheim in Rutenheim nach Eitenburg wird der Eisenbahnkommission, der Gesetzkomm. betr. die Ergänzung der Gehaltsordnung der Budgetkommission überwiegen.
Abg. Delisle berichtet über das Budget des Finanzministeriums Titel 1, 2, 3, 12 und 13. Die Kommission beantragt: die Titel 1 §§ 1-4, die Titel 2 §§ 1-4, die Titel 3 §§ 1-6 im ordentlichen und §§ 1-2 im außerordentlichen, und ebenso die Titel 12 und die Titel 13 §§ 1-4 im ordentlichen Etat in Ausgabe zu genehmigen. Die Kom-

mission empfiehlt der Groß. Regierung, die Frage zu prüfen, ob nicht auf eine intensiver Unterhaltung der Staatsgebäude hinzuwirken und im Zusammenhang damit nicht nur eine Verbesserung der örtlichen Kontrolle über die betreffenden Unterhaltungsarbeiten, sondern auch eine Verstärkung der zentralen technischen Aufsicht über das staatliche Bauwesen überhaupt in's Auge zu fassen wäre.

Der Berichterstatter fügt bei, daß hierin keine Spitze gegen den derzeitigen Leiter der Baudirektion liegen solle, dessen hervorragende Eigenschaften uneingeschränkt anerkannt würden.
Abg. Hug (Str.): Es sei Tatsache, daß der Unterhaltungsaufwand bei Staatsgebäuden höher sei als bei Privatgebäuden und daß der Zustand der Staatsgebäude, wie aus Bemerkungen in dem Budget hervorgehe, manchmal ein sehr schlechter sei. Die eminenten Verdienste des Baudirektors Durm seien allgemein und auch von der Budgetkommission anerkannt. Allein es sei doch darauf hinzuweisen, daß 2 Kollegialmitglieder der Baudirektion nur im Nebenamt angehörien.

Staatsrat Dr. Buchenberger: In der Organisation unseres Hochbauwesens läßt sich vielleicht einiges verbessern. Das Vorliegen weltlicher Liebsplätze könne er jedoch nicht anerkennen. Unser Hochbauwesen stehe nicht hinter dem anderer Staaten zurück. Es werde nicht rätlich sein, die Baudirektion der Eigenschaft einer zentralen Behörde zu entziehen und sie zu einer eigentlichen Verwaltungsbehörde, einer Zentralmittelstelle in der Art der Oberdirektion des Wasser- und Straßentwesens umzuwandeln. Auch werde es nicht zweckmäßig sein, Techniker in die Baudirektion zu berufen, die ihre Kraft ausschließlich in die Frage kommenden Aufgaben zuwenden. Denn man müsse damit rechnen, daß in unserem Hochbauwesen auch wieder eine Zeit der Signation eintrete, so daß es für die Veranschaulichung an hiesiger Behörde fehlen würde. Gleich würde es nicht wohl zweckmäßig sein, den intelligen Kontakt zu beibehalten, der zwischen der Baudirektion und der Verwaltungen ihres Vorstandes an der technischen Hochschule besteht. Aus diesem Kontakt sei, wie auch der Berichterstatter anerkannt habe, viel Gutes hervorgegangen und es könne außerdem von Baudirektor Durm gesagt werden, daß er die allergrößten Anforderungen an sich selbst stellt und mehr leistet als einem Tag, als einem Beamten zugemutet werden kann. Daß Bauprojekte umgeändert werden, habe keinen Zusammenhang mit der Organisation. Nicht nur Bücher haben ihre Schicksale. Das werden kommen auch bei Privatbauten vor. Daß manchmal Pläne nicht völlig reif an die Kammer kommen, habe seinen Grund darin, daß die Regierung wegen des Rechnungsjahres schon im August das Budget abschließen muß, um es im November dem Landtag vorzulegen. Würde, wie auch das Haus dies schon mehrmals gewünscht habe, das Rechnungsjahr geändert, so würde der Mangel in dieser Hinsicht beseitigt. Der Schwerpunkt der Bemerkungen liege auf dem Gebiet des Bauunterhaltungswesens und daß hier Verbesserungen möglich seien, das wolle er nicht bestreiten. Auch komme in Betracht, daß unter den betreffenden Summen nicht nur Gebäudeaufwand, sondern auch Grundbesitzaufwand u. s. f. veranschlagt seien. Zusammenfassend sei vielleicht eine Verbesserung möglich. Ein Oberinspektor der Baudirektion wäre übrigens nicht zweckmäßig, sondern man werde am Besten den Weg wählen, daß man jeder Bauspezialisten einen päpstigen Bauunterhaltungsgesellen an der Spitze der gewählten Baubehörde stelle. Damit sei schon ein Anfang gemacht und man werde im nächsten Budget jeder der 14 Bauspezialisten einen solchen Gesellen beistellen.

Abg. Schmid (nat.-lib.) möchte einen Punkt zur Sprache bringen, der ihm von Interesse sei. Er habe die Baudirektion besucht und sei sehr überrascht über den Zustand der Bausachen. Er habe gesehen, daß die Bausachen sehr schlecht seien, wie die Bausachen. Der Wunsch gehe dahin, die badischen Bausachen und die Bausachen der anderen Länder zu vergleichen.

Staatsrat Buchenberger: Regierung und Baudirektion wünschten in erster Reihe badische Steine zu verwenden. In den letzten 5 Jahren seien 1/2 der Steine vom Inland, 1/2 von auswärts bezogen worden. Die Verwendung des ausländischen Materials hänge vielfach mit der Konfiguration des Landes zusammen, welche für gewisse Bezirke den Bezug ausländischer Steine neuer mache. Es fehle manchmal auch an Angebot inländischer Steine. Die badischen Gesandtschaften beziehen sogar Material aus dem Ausland, obwohl sie daselbst gerade so gut in Baden erhalten könnten. (Sehr richtig!) Bericht betr. Mitteilungen der Baudirektion. Der Wunsch des Abg. Schmid solle, jenseit immer möglich, berücksichtigt werden.

Abg. Eder (Zem.) möchte sich äußern, ob man das Material nicht im Inlande finde. Allerdings könne man sich nicht mit einer kleinen Menge umgeben, denn man (Eder selbst ist Ziegelmacher) liefere selbst nach dem Ausland.
Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Delisle, die auf der Tribüne unverständlich sind, wird der Gegenstand verlassen und der Bericht vollends nach den Kommissionsanträgen erledigt.

Abg. Dreesbach berichtet über das Budget des Finanzministeriums für die Jahre 1896 und 1897 Hauptabteilung 5. 1. Salinenverwaltung. Ausgabe Titel 5 Seite 16-18. Einnahme Titel 2 Seite 46. 2. Münzverwaltung. Ausgabe Titel 8 Seite 22. Einnahme Titel 5 Seite 52. 3. Allgemeine Anstaltenverwaltung. Ausgabe Titel 9 Seite 22. Einnahme Titel 6 Seite 54. 4. Ruhegelder, Hinterbliebenen-Versicherung und Gnadengebühren. Ausgabe Titel 11 Seite 34 bis 36. Sämtliche Paragrafen dieser Titel in Ausgabe und Einnahme im ordentlichen und bei Titel 6 der Einnahmen auch im außerordentlichen Etatlichen unbeantragt und beantragt die Kommission die Genehmigung derselben.

Abg. Dreiner berichtet über das Budget des Finanzministeriums für die Jahre 1896 und 1897 und zwar über Steuerverwaltung. Ausgabe Tit. 6. — Einnahme Tit. 7. 1. Steuerverwaltung. Ausgabe Tit. 6. A. Ordentlicher Etat, sämtliche Anforderungen unter: 1. Zentralverwaltung (§ 1-4), 2. Bezirksverwaltung (§ 5-13), 3. Katastralisierung der direkten Steuern (§ 14-17), 4. Abzug und Wiedereintrag (§ 18-21), 5. sonstige Ausgaben (§ 22-28), sowie die Einnahmen Tit. 7, Ordentlicher Etat (§ 1-19) zu genehmigen.

Abg. Hoffmann (nat.-lib.) äußert sich über die Zahl der Stellen der Steuerkommission. Im Zukunft ist im Effektivetat auch der wirkliche Stand dieser Stellen angegeben worden.

Staatsrat Dr. Buchenberger: Der Erfüllung dieses Wunsches stehe nichts entgegen.

Abg. Keller (nat.-lib.) bittet, daß bei Erbauung des neuen Bahnhofs in Bruchsal die Holzverhältnisse geachtet werden und daß ein neues Gebäude mit Kellerbau und Wohnung für den Beamten erstellt werde. Weist auf die Tabakfabrikation, die Einfuhr von Wein u. s. f. hin.

Baudirektor Lepique: Die Frage der Errichtung eines Zollgebäudes in Bruchsal sei schon mehrfach erörtert worden. Beim Umbau des Bahnhofs werde vielleicht ein Zollgebäude mit Keller und Logerräumen errichtet werden. Die Sache solle im Auge behalten werden.

Abg. Stegmüller (nat.-lib.) verweist auf die auf dem letzten Landtag vorgebrachten Mängel bei den Holzabfertigungsstellen in seinem Bezirk und dankt der Regierung für die getroffene Abhilfe.

Abg. Strauß (nat.-lib.) schließt sich dem Wunsch des Abg. Keller an. Man solle den Bahnhofsgebäude betrühen. Bei den jetzigen Verhältnissen sei es unmöglich, Tabak in größeren Mengen mit dem Vorteil der Zollermäßigung zu beziehen.

Abg. Birkenmayer (Str.) bittet um Vergößerung von Räumlichkeiten im Bahnhofs in Waldshut. Die Restauration daselbst sei zu eng. Man solle den Bahnhofs I. und II. Klasse dahingehen und das Zollgebäude in den Bahnhofs umwandeln; dafür möge man ein besonderes Zollgebäude neben dem Bahnhofs errichten.

Abg. Dreiner schließt sich als Berichterstatter dem Wunsch des Abg. Keller und Strauß an.
Sämtliche Forderungen werden genehmigt.
Abg. Labenz (Str.) berichtet über das Spezialbudget der Oberrechnungskammer für die Jahre 1896 und 1897. Hauptabteilung VI. Die Kommission beantragt, sämtliche Posten des ordentlichen Etats in Ausgabe (§§ 1 bis 9) und in Einnahme (§§ 1 und 2) zu genehmigen.
Wesentlich der Bemerkung der Regierung der Abg. Dreiner beantragt die Kommission: hohe Kammer wolle die vom Groß. Finanzministerium nachgesuchte Indemnität erteilen.

Abg. Hug (Str.) unterstützt den Antrag auf Indemnität erteilung. Die Kommissionsanträge werden einstimmig angenommen.
Die Denkschrift über die landl. Verschuldung ist dem Hause vom Finanzministerium zugegangen.
Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Samstag Vorm. 9 Uhr.

Karlsruhe, Tagesordnung zur 67. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Samstag, 21. März 1896, vormittags 9 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung der Berichte der Kommission für Eisenbahnen und Straßen: a. Bitte des Gemeinrats Raffat um Errichtung eines neuen Bahnhofs-Inspektors-Betriebs. Berichterstatter: Abg. Kogler; b. Bitte der Bewohner des Reichartsdorfer-Hofes um Errichtung einer Gaststube an der Heidelberg-Speyerer Bahn betr. Berichterstatter: Abg. Keller; c. Bitte der Gemeinden Osterburten, Rosenfeld, Bromader und Sindolsheim um Verlegung der Landstraße Nr. 5 zwischen Osterburten und Rosenfeld betr. Berichterstatter: Abg. Kirchenbauer; d. Bitte des Gemeinrats der Stadt Eberbach um Errichtung einer felsen Redarbrücke bei Eberbach betr. Berichterstatter: Abg. Kogler. 3) Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte des Landwirts Viktor Schloffer zu Eöllingen bei Raffat um Bewährung einer einmaligen Schadloshaltung betr. Berichterstatter: Abg. F. Strauß.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. März.

Am Tische des Bundesrats: Dr. v. Völkner, Frhr. v. Marschall, Hollmann, Dr. Graf v. Hofadomsky.
Präsident Frhr. v. Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.
Die zweite Beratung des Marineetats wird fortgesetzt bei den einmaligen Ausgaben.

Nichter (Str. Sp.): Die Erklärungen des Frhr. v. Marschall über die Intervention in Ostasien waren mehr geeignet, Fragen aufzuwerfen, als diese Angelegenheit abzuschließen. Die Stellung Ostasiens in Ostasien erfährt ohnehin schon eine erhebliche Stärkung durch die ostasiatische Bahn und eine weitere durch die Errichtung eines eisernen Hafens. Eine Präponderanz Ostasiens in Ostasien ist für uns weit gefährlicher als eine solche Ostasiens. England und Nordamerika, die doch die gleichen Interessen in Ostasien haben wie wir, haben eine Intervention in Ostasien nicht für angemessen gehalten. Hätte die Intervention keinen Erfolg gehabt, dann wären wir in kriegerische Verwicklungen gekommen. Um uns ein abschließendes Urteil zu bilden, wissen wir zu wenig. Jedenfalls haben wir nicht getrennt die Erklärungen des Staatssekretärs nicht befriedigt. Die Darstellung des Staatssekretärs Hollmann von dem Verhältnis des Marineetats ist doch nicht zureichend. Eine amtliche Person entscheidet in Reichsangelegenheiten, die nicht verantwortlich ist und auch keiner verantwortlichen Stellung untergeordnet ist. Das widerspricht dem konstitutionellen Wesen der Reichsverfassung. (Sehr wahr!) Diese amtlichen Stellen entscheiden selbständig nebeneinander, und man weiß nicht, wer Recht und Kellner ist. (Sehr wahr!) Das Verhältnis zwischen Kommando und Verwaltung hat ja bereits in der Marine zu Reibungen geführt. Die Einrichtung eines Marinekabinetts ist überhaupt eine Unbedenklichkeit; sie besteht erst seit 1888 und hat sonst nirgends in den übrigen Resorts ein Pendant. Das Militärkabinet ist dem Kriegsminister, das Zivilkabinet dem preussischen Staatsminister untergeordnet, das Marinekabinet steht völlig isoliert. Wenn ich dies vorbringe, sehe ich keine Schwierigkeiten. In diesen Dingen liegt förmlich eine Aufforderung zu Emanzipationsgesprächen der Chef dieser Kabinets von dem übergeordneten Ministerien. Konflikt der über Jahre hätte gar nicht seine Ausdehnung erlangen können, wenn nicht der Chef des Militärkabinetts Mantuffel seine völlig unabhängige Stellung gehabt hätte. Die gefreite Rede des Abg. von Bennigsen bewegte sich in Allgemeinheiten; er hat, als ob wir vor einer Entscheidung über eine Flottenauktion in die Hannibal fischer ständen. Niemand leugnet die Notwendigkeit einer starken Flotte neben dem Heer, es handelt sich bloß um den Umfang. Unter den Herren Stofch und Caprioli als Leitern der Flotte waren niemals aufgetragene Debatten, im Gegenteil, der Marine-Stat war eine Art Mittelpunkt in den anderen Kämpfen. Das hat sich erst geändert vor sieben Jahren, als man anfang, von der Marine als einer heilig gehaltenen Flotte zu sprechen. Sie sind größere Aufwendungen dafür gemacht worden als in diesen Jahren. Man vergleiche die Schiffliste und wird sich von Steigen der Zahlen überzeugen, aber auch jedes einzelne moderne Schiff ist viel stärker als die im Jahre 1888 vorhandenen. Der Zuwachs beträgt 60 Prozent und der der Besatzung mehr als ein Drittel. Wie sind keineswegs der Meinung, daß Ersatzbauten nunmehr aufzuhören hätten, aber es muß Maß und Ziel gehalten und kann nicht in dem im vorigen Jahr angefallenen Tempo fortgeführt werden. Handelt es sich nur um die im Etat stehenden 28 Millionen, so wäre dies angesichts der Finanzlage nicht übermäßig, aber die Ersatzverrichtungen von Mater ziehen das dicke Ende in den kommenden Jahren nach sich. Wir wissen nicht, ob die Regierung auf die Herstellung der zwei Panzerlanonenbatterien verzichtet will, die nach dem Plan von 1879 noch zu realisieren sind. Man spricht von neuen Ersatzbauten und alles in allem komme ich für die drei Jahre nach 1897 auf 138 Millionen Mark. (Hört, hört! links.) Der Abg. Frigen verwarfte sich gegen neue Steuern und neue Anleihen und ich habe nichts dagegen einzubringen, aber wir wollen uns auch nicht durch neue Ausgabenbewilligung selbst zu neuen Steuerbewilligungen zwingen. Nun kommen die weiteren Pläne auch noch hinzu, nicht die der Spanier, sondern das, was die Herren Hollmann und v. Marschall bereits angedeutet haben. Die Erklärungen des letzteren sind mir zu allgemein. Man kann alles in dieselben einschließen, nicht so, daß sich alles decken muß, aber doch beden kann. Der Staatssekretär selbst spricht von dem Körnlein Wahrheit in dem Worte „unerlöslich“ und er hat recht. Erst seit jüngerer Zeit wird die Notwendigkeit der Ausdehnung hervorgehoben, und wenn wir in dem Tempo der Engländer durch erste Klagen fortfahren, dann sind wir alsbald in den Bereich der Pläne der Flotten-Schauministen gelangt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß gerade die großen Mehrheiten, mit denen wir hier bewilligen, die Stimmung draußen für solche unerlösen Pläne vorbereiten. Gerade nach dem letzten Kommissions-Beschlusse wurde diese Strömung stärker und dann kam der erwähnte Artikel der „Köln. Zig.“. Der Staatssekretär sprach zwar von einer melancholischen Auffassung, aber ich erinnere daran, daß Graf Caprioli im Januar 1888 ebenfalls angesichts eines Artikels der „Köln. Zig.“ die darin vorgebrachten Dinge als eine melancholische Auffassung verpörrt hatte, und es waren noch nicht 7 Monate ins Land gegangen, da hatte Caprioli einen Nachfolger und noch einige Monate mehr da wurden die Pläne der „Köln. Zig.“ verdrängt in den Vorlagen, die an uns gelangten. Gewiß, Chauvinismus ist in den weiten Volkskreisen nicht vorhanden, wohl aber in zwar kleinen, indessen um so mächtigeren Kreisen. Der Staatssekretär erinnert an die Panja. Das kommt mir aber vor, wie wenn man, um Festigungsarbeiten zu begründen, erinnern wollte an die Tatsache, daß vor 100 Jahren jede Stadt Wall und Graben haben mußte. Wir haben heute allerdings 7 Kreuzer weniger als vor 10 Jahren, aber wenn ich hinzunehme, was bereits bewilligt ist, dann sind wir doch stärker als damals. Vergessen Sie auch nicht, welche Ansprüche der Hofdienst jetzt in den verschiedensten Richtungen an die Marine stellt. (Lebhafte Zustimmung der Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär sprach von den armenischen Wirren und davon, daß wir

